

Arbeitszeitverlängerung schafft keine Jobs!

Wir sollen länger arbeiten – für das gleiche oder sogar weniger Geld! So die einhellige Meinung von Unternehmern und den meisten Politikern. Der frühere Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Rogowski, forderte gleich die 50-Stunden-Woche. Die deutsche Wirtschaft will in das 19. Jahrhundert zurück. Vor über 100 Jahren begannen Arbeiterinnen und Arbeiter, für den 8-Stunden-Tag zu kämpfen. Der 1. Mai erinnert daran. Heute werden diese Errungenschaften in Frage gestellt. Gesetze werden am Arbeitsplatz einfach unterlaufen, Arbeitszeitkonten mit Hunderten von Stunden ganz legal eingeführt, Unternehmer wollen die Tarifverträge so weit „öffnen“, dass sie keinen Schutz mehr bieten.

Schon jetzt 40 Stunden und mehr!

Die 35-Stunden-Woche ist nur für eine Minderheit Realität. Über ein Drittel der Bevölkerung arbeitet jetzt schon länger als 40 Stunden in der Woche. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten leistet 1 bis 2 Mal im Monat Überstunden. Im vergangenen Jahr kamen so über 1,3 Milliarden Stunden zusammen.

Neben den industriellen Großbetrieben ist der Öffentliche Dienst (Bund, Länder und Gemeinden) ein Vorreiter in Sachen Arbeitszeitverlängerung. Dabei geht es in erster Linie um die Einführung unbezahlter Mehrarbeit. In Berlin betraf dies besonders die Schulen. Zuletzt wurden im Februar 2003 die Pflichtstunden der Lehrer vom SPD/PDS-Senat um bis zu vier Stunden erhöht - vier Stunden Mehrarbeit bei gleichbleibender Bezahlung. Insgesamt sind seit Beginn der neunziger Jahre in Berlin knapp ein Drittel aller Lehrerstellen abgebaut – 10.000 Arbeitsplätze. Wird die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst dagegen verkürzt, wie in der Berliner Verwaltung in den letzten Jahren ebenfalls geschehen, werden auch die Gehälter der Beschäftigten dementsprechend gekürzt. Ziel dieser Arbeitszeitverlängerung als auch -verkürzung im

öffentlichen Dienst ist die Einsparung öffentlicher Gelder zu Lasten der Angestellten.

Oft wird behauptet, dass wir in Deutschland sehr niedrige Arbeitszeiten haben. Das ist falsch! Im europäischen Vergleich (mit der alten EU) liegen wir mit durchschnittlich 40 Stunden in der Woche genau in der Mitte. Nur in Großbritannien wird mit 43 Stunden wesentlich länger gearbeitet. Dies ist das Ergebnis der konservativen Regierung unter Margaret Thatcher und der politisch ins Gegenteil gewendeten neuen Sozialdemokratie unter Tony Blair – dem guten Freund von Gerhard Schröder.

Jede Stunde Arbeitszeitverlängerung ist ein Verbrechen!

Wir sollen länger arbeiten, während Millionen von Menschen ohne Job und Einkommen sind. 1994 hatten wir offiziell 2,6 Millionen Arbeitslose, heute sind es 5 Millionen. Weitere 1,3 Millionen Arbeitslose befinden sich in Auffangmaßnahmen, Qualifizierungsschleifen oder bei den Personal-Service-Agenturen (PSA). Hinzu kommen noch 210.000 Arbeitslose in Beschäftigungsmaßnahmen der Kommunen und 480.000 Menschen, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden sind. Mindestens 7 Millionen Menschen in Deutschland sind ohne Arbeit. Auf eine bei den Arbeitsämtern gemeldete Stelle kommen etwa 20 Arbeitslose: Die Arbeitslosigkeit ist kein „Vermittlungsproblem“, wie uns die Einheitspartei aus SPD/CDU/FDP/Grüne weismachen will. Noch mehr Zwang und Druck schafft keine Arbeitsplätze. 19 von 20 Arbeitslosen bleiben ohne Stelle.

Die Verlängerung der Arbeitszeit schafft keine Arbeitsplätze. Der einzelne Betrieb kann seine Kosten sicher senken. Wenn wir aber zu wenig Geld haben, um diese Waren zu kaufen, wird die Arbeitszeit wieder gesenkt. Aber nicht für alle, sondern nur für einen Teil der Menschen und dies um 100 Prozent! Von 1991 bis 2003 stieg die Produktivität in Deutschland um 24 Prozent, wir können also heute in der selben Zeit und mit der gleichen

Anzahl von Menschen 24 Prozent mehr an Waren und Dienstleistungen herstellen und anbieten. In der gleichen Zeit ist die Wirtschaft aber nur um 16 Prozent gewachsen. Die geringere Nachfrage führt bei steigender Produktivität zum Rückgang der realen Arbeitsstunden. Wurden 1991 noch insgesamt 59,3 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, waren es im Jahr 2003 nur noch 55,3 Milliarden (minus 6 Prozent). Die Folge ist steigende Arbeitslosigkeit.

Was wir wollen!

Die Tatsache, dass wir immer produktiver werden, müssen wir für den gesellschaftlichen Fortschritt nutzen. Arbeitszeitverkürzung nutzt allen. Denen ohne Arbeitsplatz, aber auch denen, die Arbeit haben. Sie haben mehr Zeit für sich, die Kinder, Freund und Freundin - und für gesellschaftliches Engagement.

Wir unterstützen die Belegschaften und Gewerkschaften in ihren Kämpfen gegen Arbeitszeitverlängerung. Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf für Tarifverträge. Wir fordern eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes: maximal 40 Stunden durchschnittlich in der Woche als Regel. Nach dem jetzigen Gesetz haben wir die 48-Stunden-Woche. Mit Überstunden sind für kurze Zeit sogar 60 Stunden/Woche erlaubt. Unsere Perspektive ist die 30-Stunden-Woche!

Mitglieder unserer Partei kandidieren bundesweit auf den Offenen Listen der Linkspartei/PDS. Wir wissen, dass die PDS sich in Berlin an Sozialabbau und Arbeitszeitverlängerung beteiligt. Dennoch glauben wir, gemeinsam eine starke und linke Opposition im Bundestag gegen den Einheitsbrei aus SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen bilden zu können.

Deshalb am 18. September 2005:

Linkspartei wählen und bei der WASG mitmachen